

Vorsorgevollmacht Betreuungsverfügung Patientenverfügung

für die Beratungspraxis

von

Prof. Dr. Walter Zimmermann

Honorarprofessor an der Universität Regensburg
Vizepräsident des Landgerichts Passau a. D.

2., neu bearbeitete Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
[ESV.info/978 3503 12042 0](http://ESV.info/978_3503_12042_0)

ISBN 978 3503 12042 0

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2010
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Satz: multitext, Berlin
Druck: Hubert & Co., Göttingen

Vorwort

Das Thema „Vorsorgevollmacht, Betreuungsverfügung, Patientenverfügung“ ist erst seit etwa 15 Jahren aktuell. Immer mehr Menschen bedürfen einer vom Gericht angeordneten Betreuung, derzeit sind es in Deutschland rund 1,2 Millionen. Andererseits kann in vielen Fällen eine Betreuung verhindert werden, wenn jemand einer anderen Person eine Vollmacht erteilt; mehr als 920.000 solcher Vorsorgevollmachten sind bei der Bundesnotarkammer in Berlin registriert (Stand 2009), wozu noch eine unbekannte Zahl von dort nicht registrierten Vollmachten kommt. Für solche Vollmachten wird von öffentlichen Stellen umfangreich geworben, um die staatlichen Kosten für Betreuungen zu verringern.

Mit Vorsorgevollmachten sind Betreuungsgerichte, Betreuungsbehörden, Betreuungsvereine, Notare, Rechtsanwälte, Ärzte, Krankenhäuser, Pflegeheime und sonstige Personen und Stellen (wie z. B. Banken) befasst. Eine Vorsorgevollmacht zu erteilen ist in manchen Fällen problematisch, eine Betreuung ist oft besser; fundierte rechtliche Kenntnisse sind im Einzelfall erforderlich, um die Vor- und Nachteile (die leider bei der fiskalisch motivierten öffentlichen Werbung für solche Vollmachten zu kurz kommen) einschätzen zu können und eine Formulierung zu finden, die den eigenen Willen zuverlässig dokumentiert.

Eine Betreuungsverfügung hilft bei der Ausgestaltung einer eventuellen künftigen Betreuung; die Betreuung kann dadurch nicht verhindert werden. Obwohl Betreuungsverfügungen wichtig sind, nichts kosten, keinen Nachteil haben, sind sie in der Öffentlichkeit kaum bekannt.

Eine Patientenverfügung gibt dem Betroffenen die Möglichkeit, für medizinische Vorgänge seinen Willen im Voraus für den Fall des Eintritts einer bestimmten Gesundheitssituation niederzulegen. Auch hier gibt es zahlreiche Fragen, über die sich auch ein Jurist nicht ohne weiteres im Klaren ist, laienhafte Formulierungen, die nicht weiterhelfen („Ich will keine Apparatemedizin, sondern einmal in Frieden sterben“). Eine gesetzliche Regelung erfolgte ab 1. 9. 2009.

Im Anhang sind u. a. kommentierte Formulare für Vorsorgevollmachten, Geschäftsbesorgungsverträge betreffend die Wahrnehmung einer Vollmacht, Betreuungsverfügungen und Patientenverfügungen abgedruckt.

Passau, im September 2009

Walter Zimmermann

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	21

1. Kapitel

WAS GESCHIEHT BEI KRANKHEIT, ALTER, UNFALL, WENN NICHT VORGESORGT WURDE?

A. Überblick	25
B. Die einzelnen „Vorsorgeinstrumente“	26
C. Betreuungsverfahren des Betreuungsgerichts	26
I. Zuständigkeit	27
II. Weiterer Ablauf des Verfahrens	27
III. Entscheidung des Betreuungsgerichts	27
1. Betreuung ohne Einwilligungsvorbehalt	28
2. Betreuung mit Einwilligungsvorbehalt	28
IV. Verfahren und Entscheidung in Eilfällen	28
V. Auswahl des Betreuers	28
D. Stellung des Betreuers	29
I. Gesetzlicher Vertreter	29
II. Genehmigungen des Betreuungsgerichts	30
III. Weiteres zur Stellung des Betreuers	32
IV. „Befreite Betreuung“	32
E. Der Schutz des Betreuten	32
F. Ende der Betreuung, Entlassung des Betreuers	32
G. Rechtsmittel	33
H. Kosten der Betreuung	33
I. Gerichtskosten	33
II. Vergütung des Betreuers	34
1. Ehrenamtlicher Betreuer	34
2. Berufsmäßiger Betreuer	34

2. Kapitel
DIE VORSORGEVOLLMACHT

A. Die Stellvertretung	37
B. Wesen und Zweck der Vorsorgevollmacht	38
I. Begriff der Vorsorgevollmacht	38
II. Zweck der Vorsorgevollmacht	39
III. Abgrenzung Vollmacht – Betreuungsverfügung – Patienten- verfügung	40
IV. Beratungspflichten von Gericht, Betreuungsbehörde, Betreuungsverein	40
C. Vor- und Nachteile der Vorsorgevollmacht	41
I. Vorteile der Vorsorgevollmacht	42
II. Nachteile der Vorsorgevollmacht	43
D. Voraussetzungen einer wirksamen Vollmacht	45
I. Eindeutige Erteilung von Vertretungsmacht	45
II. Geschäftsfähigkeit des Vollmachtgebers	45
1. Geschäftsfähigkeit bzw. Einwilligungsfähigkeit	45
2. Feststellung der Geschäftsfähigkeit	46
3. Wesentlicher Zeitpunkt	47
4. Bedeutung späterer Geschäftsunfähigkeit	48
a) Für die Vollmacht	48
b) Für das Grundverhältnis	49
III. Form der Vollmacht	49
1. Mündliche Form ausreichend, Schriftform zweckmäßig	49
2. Schriftform notwendig in Grundbuch-, Handelsregister- und Prozesssachen	50
3. Schriftform notwendig in Gesundheitssachen (§ 1904 V BGB)	50
4. Schriftform notwendig in Unterbringungssachen (§ 1906 V BGB)	51
5. Notariell beglaubigte Vollmacht	51
6. Notariell beurkundete Vollmacht	51
7. Beglaubigung durch die Betreuungsbehörde	52
8. Form bei Fortgeltung der Vollmacht nach dem Tod	52
9. Auslandsfälle	52
IV. Einverständnis des Bevollmächtigten notwendig?	53
V. Erteilung der Vollmacht, Aushändigung der Urkunde	53
VI. Beurkundung des Grundgeschäfts	54

E. Gestaltung des Inkrafttretens von Vorsorgevollmachten	54
I. Aufschiebend bedingte Vollmachten	55
1. Nachweis des Eintritts der Bedingung	55
2. Geschäftsunfähigkeit als Bedingung?	56
3. Betreuungsbedürftigkeit als Bedingung?	57
4. Bedingte Vollmacht mit Anknüpfung an ein ärztliches Attest	58
II. Anweisungen über die Aushändigung der Vollmacht an den Notar	59
III. Anweisungen über die Aushändigung der Vollmacht im privaten Bereich	60
IV. Unbedingte Vollmacht, im Innenverhältnis Vereinbarung der Verwendung	61
F. Möglicher Inhalt einer Vorsorgevollmacht	61
I. Generalvollmacht – Spezialvollmacht	61
II. Vertretungsmacht in Vermögensangelegenheiten	62
III. Vertretung in Gesundheitsangelegenheiten	63
1. Bedeutung der Einwilligung des Patienten	63
2. Zulässigkeit der Vorsorgevollmacht	64
3. Voraussetzungen einer wirksamen Vollmacht	64
a) Allgemeine Voraussetzungen.	64
b) Schriftlichkeit der Vollmacht.	65
c) Ausdrücklichkeit	65
4. Keine Verdrängung der Rechtsmacht des Vollmachtgebers	66
5. Probleme des Arztes	67
6. Sonderfall: Bluttransfusion bei Zeugen Jehovas	67
7. Bedeutung vor dem 1. 1. 1999 erteilter Vollmachten	68
IV. Vertretungsmacht für die freiheitsentziehende Unterbringung	69
1. Grundlagen	69
a) Offene Unterbringung	69
b) Geschlossene Unterbringung	69
c) Unterbringungsähnliche Maßnahmen	70
2. Bedeutung der Einwilligung des Vollmachtgebers	70
3. Zulässigkeit der Vorsorgevollmacht	70
4. Voraussetzungen einer wirksamen Vollmacht	71
5. Gebrauchmachen von der Vollmacht	71
6. Ausübung von Zwang durch den Bevollmächtigten	72
7. Beendigung der Unterbringung	72
8. Bedeutung vor dem 1. 1. 1999 erteilter Vollmachten	73
V. Vertretungsmacht in sonstigen Angelegenheiten?	73

Inhaltsverzeichnis

VI.	Schenkungen des Bevollmächtigten	74
1.	Wann sind Schenkungen erlaubt?	74
2.	Wann sind Schenkungen verboten?	75
3.	Klausel: Schenkungsrecht wie ein Betreuer	76
	a) Anstandsschenkungen	76
	b) Pflichtschenkungen	76
	c) Wünsche des Vollmachtgebers	77
VII.	Recht zu Insichgeschäften (§ 181 BGB)	77
1.	Grundlagen	77
2.	Zulässige Insichgeschäfte	78
	a) Gestattung	78
	b) Erfüllung einer Verbindlichkeit	78
3.	Rechtsfolgen des verbotenen Insichgeschäfts	79
4.	Ratschlag	79
VIII.	Recht zur Erteilung von Untervollmachten	79
1.	Wesen der Unterbevollmächtigung	79
2.	Abgrenzung, Bedürfnis	80
3.	Recht zur Unterbevollmächtigung	80
4.	Prozessvollmacht	81
5.	Ratschlag	81
IX.	Bestellung von Ersatzbevollmächtigten	81
1.	Bedingte Ernennung im Außenverhältnis	81
2.	Beschränkung nur im Innenverhältnis	82
X.	Anordnung der Geltung der Vollmacht über den Tod hinaus	82
1.	Wenn der Vollmachtgeber keine Regelung getroffen hat	82
2.	Wenn der Vollmachtgeber eine Regelung getroffen hat	82
3.	Ernennung des Bevollmächtigten zum Testaments- vollstrecker	83
XI.	Bestellung mehrerer Bevollmächtigter	84
1.	Mehrere Bevollmächtigte mit gleichem Aufgabenkreis	84
	a) Einzelvertretungsbefugnis	84
	b) Gesamtvertretung	85
	c) Wechselseitige Bevollmächtigungen	85
2.	Mehrere Bevollmächtigte mit verschiedenen Aufgabenkreisen	86
XII.	Vorsorgevollmacht von Unternehmern	86
XIII.	Vollmachten für Bankgeschäfte	87
XIV.	Verwendung von Formularen	88

G. Der Bevollmächtigte und seine Rechtsstellung	88
I. Geeignete Bevollmächtigte	88
II. Ungeeignet: die in § 1897 III BGB genannten Personen	89
III. Erteilung einer Vollmacht an den Betreuer	90
IV. Betreuungsvereine als Bevollmächtigte?	91
V. Einzelfragen zur Rechtsmacht des Bevollmächtigten	92
1. Vertretung im Zivilprozess	92
2. Vertretung in der Zwangsvollstreckung	92
3. Vertretung bei Annahme und Ausschlagung der Erbschaft ...	92
4. Vertretung bei der Abgabe der eidesstattlichen Versicherung im Erbscheinsverfahren	93
5. Sonstige Fälle	93
VI. Rechtsdienstleistungsgesetz	94
1. Grundlagen	94
2. Zur Rechtsdienstleistung berechnigte Personen	94
a) Rechtsanwälte, Notare	94
b) Gerichtlich eingesetzte Personen	95
c) Betreuungsbehörden	95
d) Betreuungsvereine	95
3. Erlaubnisfreie Tätigkeiten	95
a) Erlaubte Rechts-Nebenleistungen des Bevollmächtigten ..	95
b) Keine fremde Angelegenheit für den Bevollmächtigten ...	96
c) Keine besondere rechtliche Prüfung des Einzelfalls	97
d) Unentgeltliche Rechtsdienstleistungen	98
e) Ergebnis	98
4. Keine Möglichkeit, eine Erlaubnis zu erlangen	99
5. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen das RDG	99
a) Grundverhältnis	99
b) Vollmacht	99
c) Geschäfte des Bevollmächtigten	100
d) Ordnungswidrigkeit	100
VII. Gesetz über das Kreditwesen	100
VIII. Beamte als Bevollmächtigte	101
IX. Nachteile für den Bevollmächtigten im Erbfolge?	101
H. Das Rechtsverhältnis zwischen dem Vorsorgebevollmächtigten und dem Vollmachtgeber	102
I. Das Grundverhältnis (Innenverhältnis)	102
1. In Frage kommende Grundverhältnisse	102
2. Keine Verdrängung der Rechtsmacht des Vollmachtgebers ...	103
3. Folgen eines Verstoßes gegen die übernommenen Pflichten ...	103

Inhaltsverzeichnis

II.	Auftrag als Grundverhältnis	103
1.	Zustandekommen	103
2.	Durchführung des Auftrags	104
3.	Kündigung durch den Bevollmächtigten	104
4.	Kündigung durch den Vollmachtgeber	105
5.	Vergütung	105
6.	Erbrechtlicher Ausgleich nach § 2057a BGB	105
7.	Aufwendungsersatz	106
8.	Haftung des Bevollmächtigten	106
III.	Geschäftsbesorgungsvertrag als Grundverhältnis	106
1.	Zustandekommen	106
2.	Durchführung der Geschäftsbesorgung	106
3.	Vereinbarungen über die Durchführung der Geschäftsbesorgung	107
a)	Gesundheitspflege, Unterbringung, privater Bereich	108
b)	Verwaltung größerer Vermögen im Allgemeinen	108
c)	Verwaltung größerer Geld- und Wertpapiervermögen	109
4.	Vergütung und Ersatz von Auslagen	111
a)	Vereinbarungen über die Vergütung des Bevollmächtigten	111
aa)	Anknüpfung an die Betreuervergütung	111
bb)	Tatsächlicher Zeitaufwand	112
cc)	Pauschale Vergütung nach Prozentsätzen des Vermögens	113
dd)	Pauschale Vergütung nach den Vergütungssätzen vergleichbarer Berufsgruppen	114
ee)	Pauschale	114
ff)	Im privaten Bereich: erbrechtliche Belohnung	114
b)	Aufwendungsersatz	114
5.	Kündigung durch den Bevollmächtigten	115
6.	Kündigung durch den Vollmachtgeber	115
I.	Genehmigungen des Betreuungsgerichts	115
I.	Bestimmte Gesundheitsangelegenheiten (§ 1904 I BGB)	115
1.	Grundlagen	115
2.	Genehmigungsfälle	117
a)	Medizinische Maßnahme:	118
b)	Maßnahme mit Gefahrenpotential	119
3.	Entbehrlichkeit einer Genehmigung des Betreuungsgerichts ..	120
4.	Das Genehmigungsverfahren des Betreuungsgerichts	120
a)	Antrag, Verfahren	120
b)	Genehmigung der Einwilligung des Bevollmächtigten	121
c)	Ablehnung der Genehmigung	121
d)	Rechtsmittel	122
II.	Freiheitsentziehende Unterbringung (§ 1906 BGB)	122
1.	Grundlagen	122

Inhaltsverzeichnis

2.	Genehmigungsfälle	122
a)	Gefahr gesundheitlicher Schäden	122
b)	Untersuchung des Gesundheitszustandes, Heilbehandlung	123
c)	Unterbringungsähnliche Maßnahmen	124
d)	Freiheitsentziehung	124
e)	Wohl des Vollmachtgebers	124
f)	Erforderlichkeitsgrundsatz	124
3.	Unterbringung ohne Genehmigung des Betreuungsgerichts ...	125
a)	Eilfälle	125
b)	Einwilligung des Vollmachtgebers	125
c)	Familienpflege	125
d)	Genehmigungsfreie Maßnahmen	126
4.	Das Genehmigungsverfahren des Betreuungsgerichts	126
a)	Antrag, Verfahren	126
b)	Genehmigung der Einwilligung des Bevollmächtigten ...	127
c)	Eilfälle	127
d)	Ablehnung der Genehmigung	128
e)	Auswahl des Heims etc.	128
5.	Rechtsmittel	128
III.	Genehmigungserfordernis in den Fällen des Ernährungs- abbruchs (Sterbehilfe), § 1904 BGB	128
IV.	Keine sonstigen Kompetenzen des Betreuungsgerichts	130
J.	Aufbewahrung und Hinterlegung der Vollmachtsurkunde	131
I.	Beliebige Aufbewahrung, Ablieferungspflicht	131
II.	Hinterlegung beim Betreuungsgericht	131
III.	Registrierung bei der Bundesnotarkammer in Berlin	132
1.	Eintragungsantrag	132
2.	Inhalt der Eintragung	133
3.	Bestätigungsschreiben	134
4.	Auskunft aus dem Register	134
5.	Gebühr für die Eintragung	134
6.	Institutionelle Nutzer	135
K.	Der Widerruf der Vorsorgevollmacht	135
I.	Widerrufliche Vollmachten	135
II.	Unwiderrufliche Vollmachten	136
1.	Allgemeines	136
2.	Vorsorgevollmacht	137
III.	Widerruf nur aus wichtigem Grund?	138
IV.	Durchführung des Widerrufs der Vollmacht	138
V.	Widerruf bei Untervollmacht	139

Inhaltsverzeichnis

VI.	Widerruf der Vollmacht durch den anderen Bevollmächtigten	140
VII.	Widerruf der Vorsorgevollmacht durch einen Betreuer	141
1.	Allgemeines	141
2.	Voraussetzungen des Widerrufs	142
3.	Korrekturmöglichkeiten	143
VIII.	Widerruf der Vollmacht durch das Betreuungsgericht	143
IX.	Kündigung des Grundverhältnisses	143
X.	Die Rückgabe der Vollmachtsurkunde	144
1.	Bedeutung der Urkunde	144
2.	Rückgabe der Urkunde durch einen Bevollmächtigten	144
3.	Rückgabe der Urkunde bei mehreren Bevollmächtigten	144
4.	Vollmacht und Grundgeschäft in einer Urkunde	144
5.	Verständigung vom Widerruf	145
6.	Kraftloserklärung	145
L.	Sonstige Fälle des Erlöschens der Vollmacht	145
I.	Befristung	145
II.	Bedingung	145
III.	Verzicht des Bevollmächtigten	146
IV.	Bestellung eines Betreuers	146
V.	Geschäftsunfähigkeit des Bevollmächtigten	146
VI.	Wegfall des Vertrauensverhältnisses?	146
VII.	Tod des Bevollmächtigten	147
VIII.	Insolvenz des Vollmachtgebers	148
IX.	Insolvenz des Bevollmächtigten	148
X.	Missbrauch der Vollmacht	148
M.	Der Tod des Vollmachtgebers	149
I.	Gilt die Vollmacht über den Tod des Vollmachtgebers hinaus?	149
1.	Wenn der Vollmachtgeber eine Regelung getroffen hat	149
2.	Wenn der Vollmachtgeber keine Regelung getroffen hat	149
II.	Rechtsstellung des Bevollmächtigten nach dem Tod des Vollmachtgebers	150
III.	Missbrauch der Vollmacht ab dem Todesfall	151
IV.	Widerruf der Vollmacht durch die Erben	152
1.	Unkenntnis der Erben	152
2.	Widerrufsvoraussetzungen	152
3.	Widerruf bei Erbengemeinschaft	153

Inhaltsverzeichnis

4.	Widerruf, wenn der Bevollmächtigte Miterbe oder Alleinerbe ist	153
V.	Widerruf der Vollmacht durch Testamentsvollstrecker	153
VI.	Welche Regelung soll man treffen?	153
N.	Der Missbrauch der Vollmacht	154
I.	Überschreitung der Vertretungsmacht	154
II.	Nichtbeachtung der im Innenverhältnis gezogenen Grenzen	154
III.	Ansprüche des Vollmachtgebers bei Missbrauch	155
IV.	Möglichkeiten, Missbrauch zu verhindern	156
1.	Mehrere Bevollmächtigte mit Gesamtvertretung	156
2.	Erteilung mehrerer Spezialvollmachten	157
3.	Beschränkung der Vollmacht im Außenverhältnis	157
a)	Beschränkte Generalvollmacht	157
b)	Bindung an die Rechtsstellung eines Betreuers	157
c)	Beschränkung der Vollmacht durch Patientenverfügung ..	157
4.	Bestellung eines Kontroll – Bevollmächtigten	158
5.	Bestellung eines Kontrollbetreuers durch das Betreuungsgericht	158
6.	Inkaufnahme einer Teil-Betreuung	158
O.	Kontrolle des Bevollmächtigten	158
I.	Kontrolle durch den Vollmachtgeber	158
II.	Kontrolle durch das Betreuungsgericht	158
III.	Kontrolle durch einen Kontrollbetreuer	159
1.	Grundregel: § 1896 III BGB	159
2.	Voraussetzungen	160
3.	Befugnisse des Kontrollbetreuers	161
4.	Insbesondere: Widerruf der Vollmacht	162
5.	Verfahren	162
6.	Beschwerderecht des Bevollmächtigten?	163
IV.	Kontrolle des Bevollmächtigten auf andere Weise	163
1.	Nicht legitimierte Familienangehörige	163
2.	Selbst gewählte Kontrollpersonen	163
3.	Mittelbare Kontrolle durch den Geschäftsgegner	164
P.	Haftungsfragen, Versicherung	164
I.	Haftung des Vollmachtgebers für den Bevollmächtigten	164
II.	Haftung des Bevollmächtigten gegenüber dem Vollmachtgeber	164
III.	Haftung des Bevollmächtigten gegenüber Dritten	165

IV.	Haftpflichtversicherung	166
Q.	Kosten, Gebühren, Auslagen	166
I.	Betreuungsgerichtliche Kosten	166
1.	Genehmigung einer Unterbringung	166
2.	Genehmigung einer Gesundheitsbehandlung	167
3.	Verwahrung von Vollmachtsabschriften und Betreuungs- verfügungen	167
II.	Rechtsanwaltskosten	167
III.	Notarkosten	168
1.	Beglaubigung einer Vollmacht	168
2.	Beurkundung einer Vollmacht	168
a)	Vorsorgevollmacht nur für nichtvermögensrechtliche Angelegenheiten	169
b)	Vorsorgevollmacht für alle Angelegenheiten (Generalvollmacht)	169
c)	Gebühr für die Registrierung der Vorsorgevollmacht	172
d)	Speicherung der Daten des Bevollmächtigten im Vorsorgeregister	172
e)	Gebühr für die Hinterlegung der Vorsorgevollmacht	172
f)	Gebühr für die Prüfung, ob eine Ausfertigung der Vollmacht erteilt wird	173
g)	Beurkundung des Grundgeschäfts	173
h)	Bewertung einer Betreuungsverfügung	173
i)	Bewertung einer Patientenverfügung	174
j)	Bewertung eines „Vorsorgepakets“	174
k)	Rechtsmittel	175
IV.	Beglaubigungsgebühr der Betreuungsbehörde	175
V.	Gebühren des zentralen Vorsorgeregisters der Bundesnotarkammer	175
VI.	Honorar des Bevollmächtigten	175
R.	Die Bedeutung der Vollmacht im Betreuungsverfahren	176
I.	Prüfung durch das Betreuungsgericht, ob eine Vollmacht vorliegt	176
II.	Folgen, wenn eine ausreichende Vollmacht vorliegt	177
III.	Fälle, in denen trotz Vorsorgevollmacht eine Betreuung angeordnet werden kann	177
1.	Unkenntnis des Gerichts von der Vollmacht	177
2.	Vollmacht ist abgelaufen	178
3.	Unwirksamkeit der Vollmacht	178
4.	Zweifelhafte Wirksamkeit der Vollmacht	178
5.	Vollmacht wirksam, deckt aber nicht alle Aufgaben ab	178

Inhaltsverzeichnis

6.	Vollmacht entspricht nicht den Form- und Inhalts- vorschriften	179
7.	Wirksame Vollmacht, aber der Bevollmächtigte wird nicht tätig bzw. ist ungeeignet	179
8.	Missbrauchsverdacht	180
9.	Nicht vollmachtsfähige Angelegenheit	180
10.	Zwangsausübung bei der Zuführung zur Unterbringung	180
11.	Betreuungsanordnung, weil ein Einwilligungsvorbehalt erforderlich ist	181
12.	Bevollmächtigter ist nach § 1897 III BGB ausgeschlossen	181
13.	Tätigkeit eines Berufsbetreuers zweckmäßiger als Tätigkeit des Bevollmächtigten	182
IV.	Beschwerderecht des Bevollmächtigten gegen die Anordnung der Betreuung?	182
1.	Eigenes Beschwerderecht des Bevollmächtigten	183
2.	Allgemeiner Betreuer/Kontrollbetreuer	184
3.	Der Betreuer hat die Vollmacht bereits widerrufen	184
4.	Aufgabenkreis „Vollmachtswiderruf“ für den Betreuer	184
5.	Auswahl einer bestimmten Person	184
6.	Beschwerde im Namen des Vollmachtgebers	184
V.	Zwang oder Pflicht, eine Vorsorgevollmacht zu erteilen?	185
VI.	Verhältnis Vollmacht – Betreuung	186
S.	Fälle mit Auslandsbezug	186
I.	Ausländische Regelungen	186
II.	Deutsches Kollisionsrecht	187
III.	Internationale Verträge	188
IV.	Verwendung der deutschen Vollmachtsurkunde im Ausland	189
T.	Das Beratungsgespräch über die Vorsorgevollmacht	189
I.	Die Vorsorgevollmacht	189
II.	Regelung des Grundverhältnisses bei der Vorsorgevollmacht	191
U.	Häufige Mängel bei der Vorsorgevollmacht	192

3. Kapitel DIE BETREUUNGSVERFÜGUNG

A.	Voraussetzungen	195
I.	Begriff	195
II.	Amtliche Verwahrung, Registrierung	195
III.	Ablieferungspflicht	196

Inhaltsverzeichnis

IV. Geschäftsfähigkeit	197
V. Form der Betreuungsverfügung	197
VI. Inhalt der Betreuungsverfügung	198
B. Bedeutung der Betreuungsverfügung	199
I. Bedeutung für die Anordnung der Betreuung	199
II. Bedeutung für die Durchführung der Betreuung	200
1. Vorschläge für die Auswahl des Betreuers	200
2. Wünsche des Hilfsbedürftigen für die Durchführung der Betreuung	201
III. Mögliche weitere Bedeutungen der Betreuungsverfügung	202
C. Bewertung der Betreuungsverfügung	202

4. Kapitel DIE PATIENTENVERFÜGUNG

A. Grundlagen	203
I. Entwicklung des Problems	203
II. Voraussetzungen der Behandlung eines Patienten im Allgemeinen	204
III. Begriff und Rechtsnatur der Patientenverfügung	206
IV. Bedenken gegen das Abfassen von Patientenverfügungen	207
1. Die künftige Situation ist nicht vorhersehbar	207
2. Unbefriedigende Lage bei Abfassung der Patienten- verfügung	208
3. Einstieg in die aktive Sterbehilfe?	209
B. Die Errichtung einer Patientenverfügung	209
I. Geschäftsfähigkeit oder Einwilligungsfähigkeit des Patienten?	209
II. Freiwilligkeit der Erklärung	210
III. Aufklärung des Patienten	210
IV. Form der Patientenverfügung	211
V. Unterschrift von Zeugen, Ärzten?	212
VI. Die Formulierung einer Patientenverfügung	212
VII. Registrierung der Patientenverfügung	214
VIII. Kosten der Errichtung einer Patientenverfügung	214
C. Wirkungen einer Patientenverfügung	215
I. Reichweite einer Patientenverfügung	215
1. Allgemeines	215

Inhaltsverzeichnis

2.	Sonderfall: Abbruch der künstlichen Ernährung („Sterbehilfe“)	215
II.	Zeitliche Dauer der Wirkung der Patientenverfügung	217
1.	Späterer Wegfall der Einwilligungsfähigkeit	217
2.	Laufende Revision und Aktualisierung der Patientenverfügung	217
3.	Widerruf der Patientenverfügung	218
III.	Auslegung der Patientenverfügung	218
IV.	Bindungswirkung einer Patientenverfügung	219
1.	Bindung des Arztes an die Patientenverfügung?	221
2.	Bindung von Gerichten an die Patientenverfügung?	221
3.	Bindung des Betreuers an die Patientenverfügung	221
4.	Bindung des Bevollmächtigten an die Patientenverfügung	222
V.	Ist neben einer Patientenverfügung eine Betreuung oder Vorsorgevollmacht erforderlich?	222
VI.	Patientenverfügung und Organspendeerklärung	223
D.	Die Genehmigung des Betreuungsgerichts	224
I.	Voraussetzungen	224
II.	Fälle, in denen keine Genehmigung des Gerichts erforderlich ist	224
III.	Genehmigungskriterien	225
IV.	Genehmigungsverfahren	225
V.	Eintritt der Wirksamkeit des Beschlusses	226
VI.	Schutz des Betroffenen	226
Anhänge		227
Anhang 1	Formulare: Vorsorgevollmacht	229
Anhang 2	Vertrag zwischen dem Vollmachtgeber und dem Bevollmächtigten	236
Anhang 3	Formular: Betreuungsverfügung	242
Anhang 4	Formular: Patientenverfügung	243
Anhang 5	Verordnung über das Zentrale Vorsorgeregister	251
Anhang 6	Satzung über die Gebühren in Angelegenheiten des Zentralen Vorsorgeregisters (Vorsorgeregister-Gebührensatzung – VRegGebS)	255
	Gebührenverzeichnis	257
Literaturverzeichnis		259
Sachverzeichnis		271